

Städteinitiative Bildung Volksschule

Initiative des villes en matière de formation: École obligatoire

Aarau – Basel – Bern – Biel – Chur – Emmen – Frauenfeld – Fribourg – Grenchen –
Illnau-Effretikon – Köniz – Kriens – La Chaux-de-Fonds – Luzern – Morges – Neuchâtel –
Olten – Schaffhausen – Solothurn – St. Gallen – Thun – Uster – Winterthur – Zug –
Zürich

A-Post

Generalsekretariat EDK
Herr Olivier Maradan
Zähringerstrasse 25
Postfach 5975
3001 Bern

Stellungnahme in Sachen Anhörungsprozess zu nationalen Bildungsstandards (Bildungszielen) für vier Fachbereiche

Luzern, 21. Juli 2010
up

Sehr geehrter Herr Maradan
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Städteinitiative Bildung Volksschule hat an ihrer Frühlingskonferenz vom 21. Mai 2010 die Vorschläge der EDK für nationale Bildungsstandards diskutiert. Erlauben Sie uns, Ihnen die Ergebnisse der Diskussion als Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsprozesses zu unterbreiten.

I. Allgemeine Bemerkung

Die Städteinitiative Bildung Volksschule begrüsst die vorgeschlagenen Bildungsstandards und den geplanten Umsetzungsprozess.

II. Detaillierte Bemerkungen

1. Bemerkungen zu Auswahl und Umfang der Inhalte der Standards

Die Städteinitiative befürwortet die dargestellte Auswahl und den Umfang der Inhalte der Standards und hat keine ergänzenden Bemerkungen.

2. Bemerkungen zu den erwarteten Kompetenzniveaus am Ende des 4., 8. und 11. Schuljahres

- Zur schweizweiten Überprüfung, ob das erwartete Niveau am Ende der Volksschulzeit jeweils erreicht ist, erachtet die Städteinitiative einen eigentlichen, normierten Volksschulabschluss für alle Lernenden als sinnvoll.
- Auch sollten die Zeugnisse, welche schlussendlich Auskunft über die Kompetenzen und das erreichte Niveau geben, einheitlich sein. Ansonsten machen einheitliche Standards keinen Sinn, wenn die Zeugnisse weiterhin interpretierbar bleiben.

Städteinitiative Bildung Volksschule
c/o Stadt Luzern, Stab Bildungsdirektion
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 36
Fax: 041 208 82 04
E-Mail: urs.purtschert@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

Es stellt sich damit die Frage, wie der Transfer von der Volksschule zur beruflichen Bildung stattfindet. Die Notengläubigkeit stellt dabei eine grosse Herausforderung dar. Doppelspurigkeiten – wie sie mit den privaten Tests von Unternehmen zur Rekrutierung von Lernenden nebst den Zeugnissen bereits heute bestehen – sind zukünftig zu vermeiden. Noten sind durch ausformulierte Kompetenzen zu ersetzen. Dazu ist es wichtig, dass die erreichten Niveaus im Abschlusszeugnis verständlich und in ihren Aussagen klar dargestellt sein müssen. Es muss allen Beteiligten – insbesondere den Anbietern beruflicher Bildung – klar sein, was z. B. unter einem „Niveau A1 erreicht“ zu verstehen ist.

3. Bemerkungen zu Massnahmen zur Umsetzung der Standards über die laufenden Entwicklungen in den Sprachregionen

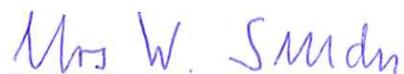
- Die Städteinitiative regt an, dass bereits heute und parallel zur Umsetzung auch Überlegungen gemacht werden, wie die Evaluation auf den verschiedenen Umsetzungsebenen (und der Rückfluss der gewonnenen Erkenntnisse) sichergestellt ist.
- Bei der Umsetzung der Bildungsstandards in den Lehrplänen der Sprachregionen muss der Anschluss/Einbezug der Nicht-HarmoS-Kantone gewährleistet sein. In diesem Zusammenhang sieht die Städteinitiative eine gewisse Problematik bei der Nummerierung der Schuljahre für die (Nicht-HarmoS-)Kantone, welche nur 10 Schuljahre kennen. Die Städteinitiative erwartet von der EDK diesbezüglich eine umsetzungstaugliche Lösung.
- Für die Städteinitiative stellt sich die Frage, ob und wie die Untergymnasien (bei Kantonen, die ein Langzeitgymnasium kennen) bei der Umsetzung der Bildungsstandards in den Lehrplänen der Sprachregionen einbezogen werden. Eine schweizweite Klärung ist aus unserer Sicht notwendig.

III. Schlussbemerkung

Die Städteinitiative Bildung Volksschule ist überzeugt, dass mit den Bildungsstandards ein sehr wichtiger Schritt zur Harmonisierung des obligatorischen Volksschulunterrichts gemacht ist. Dementsprechend hat sie sich auch bei der Vernehmlassung zu den Grundlagen des Deutschweizer Lehrplans 21 geäussert. Es liegt nun an den Sprachregionen die vorgegebenen Bildungsstandards in ihren Lehrplänen konsequent umzusetzen. Dabei ist auch der Kommunikation und dem Einbezug aller Beteiligten im geeigneten Zeitpunkt grosse Beachtung zu schenken.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Urs W. Studer
Präsident Städteinitiative Bildung Volksschule



Urs Purtschert
Sekretär